

Massenversammlung sozialistischer Soldaten.

Für gestern nachmittags hatte ein vorbereitendes Biererkomitee eine große Versammlung der sozialistischen Soldaten des Staatsamtes für Heerwesen und des liquidierenden Kriegsministeriums in den Dreheraal einberufen. Sie hatte einen Massenbesuch und nahm einen glänzenden Verlauf.

Vorsitzender Georg Hermannstädter eröffnete die Versammlung, die der Besprechung der politischen Lage und der Stellungnahme der Soldaten galt. Auf der Tagesordnung stand zunächst die Gründung einer Vereinigung sozialdemokratischer Soldaten. Dr. Max Adler erstattete den politischen Bericht. Er kam zu folgendem Ergebnis: Die demokratische Republik sei ein Ausweg. Die bürgerliche Demokratie dürfe nicht mißachtet werden. Von der Demokratie allein könne man aber nicht leben. Deshalb müsse der volle Durchbruch der sozialistischen Forderungen angestrebt werden, der ausschließlich auf Übernahme der Produktionsmittel durch die Allgemeinheit gerichtet sei. Die Arbeiter- und Soldatenräte sollen nicht etwa eine Diktatur darstellen, sie sind Übergangsbefehle auf dem Wege, der zur vollständigen Gleichberechtigung aller führen wird, die jede Alleinherrschaft eines Standes beseitigen muß.

Die angebliche Offiziershehe.

Der nächste Redner, B o c h n e r, teilte mit, daß knapp nach den ersten aufsehenerregenden Veröffentlichungen über die Skandalwirtschaft der Generale geschnüffelt wurde, von wem die Veröffentlichungen ausgingen. Er bekannte sich ganz frei als einer der ersten Enthüller und er könne mitteilen, daß man dazu „gelnst“ habe. (Gelächter.) Man brauche sich also durchaus nicht zu scheuen, gegen die Schweinereien aufzutreten. Die Enthüllungen werden vielmehr erst recht fortgesetzt werden. Redner stellte einen Antrag, dem zufolge die Soldaten sich dagegen verwehren, eine Offiziershehe zu betreiben. Die Ausbeutung von Mißbräuchen solle nur Schuldige treffen. In der Volksmiliz würden sich nur Offiziere behaupten können, die das Vertrauen der Mannschaft zu erwerben verständen. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen und ist, da er in offener Versammlung angenommen wurde, wohl der beste Beweis, daß die Soldaten tatsächlich nicht die Absicht haben, gegen die Offiziere zu heken, was die Herrschaften, die Butter auf dem Kopfe haben, immer behaupten. Der gestern angenommene Antrag wird plakatiert werden.

Gegen das Wehrgesetz.

Der Soldat Richard Neumann protestierte gegen die als angebliches „Schweizer Milizsystem“ dem Volke mundgerecht gemachte neugeplante allgemeine Wehrpflicht. Auch die Schweizer Miliz hat beim letzten Generalstreik gegen den „inneren Feind“ mit den Waffen Stellung genommen. Er beantragte entschiedensten Protest gegen das neue Wehrgesetz namens jener, die in der Monarchie unter der alles Menschliche zermalmenden Maschinerie des Militarismus gestanden und gegen jeden Wiederbelebungsversuch des verruchten Systems seien. Die Soldaten werden vielmehr die Wehr des Volkes sein gegen seinen „inneren Feind“, den Kapitalismus, der, wie der Weltkrieg gelehrt hat, alle Völker unter dem Vorwand der „Verteidigung des Vaterlandes“ zum Brudermorde gehetzt hat. (Stürmische Zustimmung.)

Die Entziehung der Unterhaltsbeiträge.

Nunmehr gelangte der Vertrauensmann Ehrenfranz zu Worte, der in ergreifender Weise die Not der Soldatenfamilien beschrieb, denen der Unterhaltsbeitrag entzogen werden soll. Während die vormalige Erzherzogin Rita und die Erzherzoginnen viele Tausende als Unterstützung bezogen haben, nimmt man den armen Weibern den Bogen bei den Kommissionen weg. Es spielen sich dort furchtbare Szenen ab. Frauen stürzten ohnmächtig zusammen, als ihnen mitgeteilt wurde, daß sie die Unterstützung verlieren. (Weinrufe.) Man hört nichts davon, daß an die Kapitalisten herantreten werde, aber den armen Soldatenfamilien sollen die paar Kronen entzogen werden. Die Volkswehr habe die Unterhaltsbeiträge bis Ende Februar zugestanden erhalten. Darben die anderen Familienweniger, die mit 15. Dezember vom

Fortbezug ausgeschlossen werden sollen? Man habe gegen die inhumane Maßregel energisch protestiert, und Redner könne mitteilen, daß sich die Zentralstelle der Soldatenräte mit der Forderung befassen werde, daß auch den Angehörigen der anderen Gruppen der volle Unterhaltsbeitrag bis Ende Februar ausbezahlt werde. (Lauter Beifall.)

Ein Delegierter des Zentral-Soldatenrates versicherte hierauf, daß sich die Zentralvertretung sofort mit der Frage befassen und zweifellos sich für die Durchsetzung des gerechten Anspruches der Benachteiligten einsetzen werde. (Beifall.)

Über die Nichtbezahlung der Unterhaltsbeiträge an die nicht der Volkswehr angehörigen Soldaten entspann sich eine lebhafte Debatte.

Drei Millionen Totenscheine?

Ein Redner schilderte nun, wie es beim apostolischen Feldvikariat noch immer zugehe. Dort sitzen vom Feldvikar abwärts zahlreiche Superiore, Vikare und andere Feldgeistliche, Beamte, die zum Teile sehr wenig mehr zu tun haben und auch eine heute nicht mehr berechtigte finanzielle Belastung der Staatsfonds darstellen. Es sind zumeist Angehörige nimmehr fremder Nationalitäten. Es ist dort eine sehr traurige Arbeit seitens des Personals zu leisten gewesen. Dort werden nämlich die Totenscheine der Gefallenen zum Zwecke des Gebührenbezuges der Hinterbliebenen ausgestellt. Es fehlen nicht mehr viel auf drei Millionen solcher Totenscheine... (Diese Ziffer scheint uns zu hoch. Unseres Wissens hat die österreichisch-ungarische Armee insgesamt etwa zwei Millionen an Toten verloren. Die Schriftl.)

Nachdem noch mehrere Redner für den Anschluß an die Vereinigung gesprochen hatten, wurde die Gründung der Vereinigung sozialdemokratischer Soldaten einstimmig beschlossen und ein zwölfgliedriger Ausschuß mit den weiteren Schritten betraut. In den Ausschuß wurden gewählt: Georg Hermannstädter, Richard Neumann, Alexander Kernbacher, Artur Bockner, Oskar Löffler, Max Wilder, David Ehrenfranz, Max Kuner, Josef Straker, Alfred Arler und Ernst Seger.

Sozialistische Grundsätze und Taten.

Nach vierstündiger Dauer schloß Vorsitzender Hermannstädter die Versammlung, nachdem folgende Entschließung einstimmig angenommen worden war:

„Die heute im Dreher-Saale versammelten Soldaten des deutschösterreichischen Staatsamtes für Heerwesen und des liquidierenden Kriegsministeriums erklären, am Bunde der sozialistischen Republik Deutschösterreich werktätig mitarbeiten zu wollen. Sie schließen sich zu diesem Zwecke zur Vereinigung sozialistischer Soldaten zusammen und treten als solche dem Zentralverbande der sozialdemokratischen Partei Niederösterreichs bei. Weiters erklären sie, strenge darüber Wache zu halten, daß die realen sozialistischen Prinzipien weiterhin nicht als Theorie behandelt werden, sondern ihre baldige Verwirklichung finden sollen und daß die breite Masse des Volkes nicht aus einem Abhängigkeitsverhältnis in das andere geschoben wird.“